

Digitalisierung und Demokratie – Chance oder Risiko?

Veranstaltung in Kooperation mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)



Schadet oder nützt die Digitalisierung der Demokratie? Im Spannungsfeld von „Arabischem Frühling“, „Shitstorms“ und „Open Data“ könnten die Meinungen zu dieser Frage kaum unterschiedlicher ausfallen. Robert Misik, Valentina Kerst und Prof. Dr. Thorsten Faas diskutierten am 8. Dezember in Bonn moderiert von Dr. Christian Krell. Das Forum Soziale Demokratie fand in Kooperation mit der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik statt. Fünf wesentliche Ergebnisse der Diskussion:

1) Motor der Demokratisierung in Autokratien
In Autokratien kann das Internet ein Motor der Demokratisierung sein. Es erleichtert und fördert eine Kultur der Gegenrede.

*2) In etablierten Demokratien:
über- und unterschätzt*

In etablierten Demokratien wurden viele Erwartungen enttäuscht. Öffentliche Diskurse zersplittern stärker, die neuen Möglichkeiten werden ungleich genutzt. Eine Bereicherung sind Transparenzformate, etwa die visuellen Aufbereitung von Ratsbeschlüssen. Dies wird weniger euphorisch diskutiert, stärkt aber die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle von Macht.

3) Spielregeln gesucht

Neue Spielregeln, die politische Diskurse im Internet ermöglichen, sind notwendig, aber noch nicht gefunden. Es bedarf weiterer Diskussion und Aushandlung. Transparenz etwa ist einerseits wichtig, andererseits braucht die Demokratie Räume für geschützte Debatten.

4) Internet ist nicht gleich Internet

Nicht alles ist im Zeitalter der Digitalisierung neu und anders. Genaue Begrifflichkeiten helfen, das vorhandene Wissen weiter zu nutzen.

5) Wirtschaftlichen Rahmen im Auge behalten

Das Netz ist von Monopolen geprägt. Zeitungen brechen durch die Konkurrenz im Netz Einnahmen weg. Die Frage der demokratischen Qualität der Digitalisierung ist auch eine Frage ihrer wirtschaftlichen Gestaltung.

INHALT

Dr. Christian Krell

Leiter der Akademie für Soziale Demokratie

Einführung: Die Digitalisierung gestalten!



Prof. Dr. Frank Decker

Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung
und Lehre praktischer Politik

und Politikwissenschaftler an der Universität Bonn

Einführung: Das Internet wird über- und unterschätzt!



Robert Misik

Freier Autor, Publizist und Blogger aus Wien

Vortrag: Kann die Demokratie die Digitalisierung überleben?



Prof. Dr. Thorsten Faas

Politikwissenschaftler an der Universität Mainz

Diskutant



Valentina Kerst

berät Verwaltungen auf kommunaler und Landesebene
zum Einsatz digitaler Medien

Diskutant



März 2015

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Akademie für Soziale Demokratie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Telefon: 0228 883 7104

Fax: 0228 883 9223

Redaktion: Gianna Lakhali, Jochen Dahm, Christian Krell

Fotos: Henning Granitza, Jens Schicke, O. Schmauch/Laif, Hannes Wiethölter

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign

Druck: Media-Print Informationstechnologie GmbH,
Paderborn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Akademie für Soziale Demokratie ist ein Beratungs- und Qualifizierungsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, das politisch Interessierten und Engagierten die Möglichkeit zum Austausch über die Prinzipien, Werte und Ziele Sozialer Demokratie bietet und Raum zur Reflexion und Vergegenwärtigung des eigenen politischen Handelns schafft.

www.fes-soziale-demokratie.de



Die Texte dieser Veröffentlichung basieren auf dem Mitschnitt der Veranstaltung, können aber nicht als Namensbeiträge zitiert werden. Geäußerte Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Dr. Christian Krell

Die Digitalisierung gestalten!

Wird über den Zustand der Demokratie gesprochen, ist dieser Tage oft von einer Krise die Rede, insbesondere mit Bezug auf politische Partizipation. Immer weniger Bürger_innen gehen zur Wahl; das parteipolitische Engagement der Menschen nimmt ab. Unter denen, die sich engagieren, sind die bezogen auf Bildung und Einkommen ressourcenstarken Gesellschaftsschichten überrepräsentiert. Die Frage lautet: Kann die Digitalisierung der Demokratie neuen Auftrieb geben?

Entwicklung

Ende der 1960er Jahre wird in den USA das Internet entwickelt. Es ist zunächst für militärische Zwecke gedacht. Anfang der 1990er Jahre setzt die kommerzielle Nutzung ein. Wir könnten diese Phase als „web 1.0“ bezeichnen. Spätestens seit dem Siegeszug von Facebook, 2004 gegründet, sprechen wir vom „web 2.0“. Nutzer_innen sind nun nicht mehr nur Empfänger_innen von Nachrichten, sondern auch selber Sender_innen. Heute gibt es sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Leben kaum mehr Bereiche, die nicht durch das Internet erfasst worden sind.

Hoffnungen

Darauf gründen sich einerseits Hoffnungen: Dank des Internets lassen sich Interessen schneller und unkomplizierter bündeln. Informationsunterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden ausgeglichen. Demokratische Diskurse werden erleichtert, Bürger_innen können schon mit einem „Klick“ politisch partizipieren.

Befürchtungen

Andererseits lauten die Befürchtungen: Gerade der schnelle „Klick“ führe nicht zu „activism“ sondern zum „slacktivism“, eine Wortschöpfung, die die Worte „slacker“ (Faulenzer) und „activism“ (Aktivismus) zusammenbringt. An die Stelle einer früher massenmedial vermittelten Öffentlichkeit, treten individuelle Nachrichtenströme, die Informationsungleichheiten verstärken. Voneinander abgrenzte Debattenräume führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Demokratie.

Die Digitalisierung gestalten

Ich freue mich auf die Diskussion mit unseren Expert_innen, besonders zur auch zur Frage, wie wir im Zusammenspiel von Demokratie und Digitalisierung Chancen nutzen und Gefahren meiden können, wie wir also die Digitalisierung gestalten können.



Dr. Christian Krell lebt in Brühl und arbeitet in Bonn. Er hat in Siegen und York Politik, Geschichte, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften studiert.

2007 promovierte er zur Europapolitik von SPD, Labour Party und Parti Socialiste. Seit 2006 ist er Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung und dort verantwortlich für die Akademie für Soziale Demokratie. Er ist Mitglied der SPD-Grundwertekommission und Lehrbeauftragter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Christian Krell wurde 1977 in Siegen geboren.

Prof. Dr. Frank Decker

Das Internet wird über- und unterschätzt!



Prof. Dr. Frank Decker lehrt Politikwissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Seit 2011 ist Frank Decker zusammen mit Volker Kronenberg wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte lauten: Westliche Regierungssysteme, Parteien, Rechtspopulismus im internationalen Vergleich, Föderalismus und Demokratiereform.

Frank Decker wurde 1964 in Montabaur im Westerwald geboren.

Ich möchte zu den Hoffnungen, die sich mit der Digitalisierung verbinden, ein kurzes Zwischenfazit ziehen. Verdichtet könnten diese Hoffnungen etwa so lauten:

Drei Hoffnungen

Die Digitalisierung wird erstens zu mehr Partizipation führen, da sich mehr Personen und Gruppen in den politischen Willensbildungsprozess einbringen können. Zweitens werden mehr Entscheidungen direktdemokratisch getroffen werden können. Schließlich werden die Kontrollmöglichkeiten der Bürger_innen gestärkt.

Zwischenbilanz

Meiner Meinung nach kann man bilanzieren: Die Erwartungen waren in Hinblick auf die beiden ersten Punkte zu groß. Tatsächlich scheint es so, dass das Netz zu deutlich mehr Ungleichheit in der Partizipation führt. Die sozialen Medien bewirken sowohl eine Entgrenzung als auch eine Segmentierung des öffentlichen Raumes, in dem die politische Willensbildung stattfindet.

Unterschätzt: Kontrollmöglichkeiten und neue Transparenzformate

Ein unbestreitbarer demokratischer Nutzen des Internets liegt aber im dritten Punkt, dem Bereich der Kontrolle. Die Bedeutung dieses Aspekts wird in der Öffentlichkeit eher unterschätzt. Viel Raum wird der Diskussion der Möglichkeiten des aktiven politischen Handelns, also Wählen und Abstimmen, zugemessen.

Aber gerade im passiven Beobachten spielt das Internet seine Stärken aus. In der Demokratie kommt den Medien klassisch die Funktion des Beobachtens zu. Sie erhalten nun einerseits Konkurrenz, andererseits hilft das Netz, ihre Kontrollaufgabe besser und effektiver wahrzunehmen. Ausgehandelt werden muss, welche Bereiche des Herrschaftswissens von einem Transparenzgebot ausgenommen werden müssen.

Demokratie braucht geschützte Räume

Grundsätzlich anders ist das Transparenzziel mit Blick auf den politischen Entscheidungsbildungsprozess zu bewerten. Im Konzept der Liquid Democracy sollen Transparenz und Partizipation nach den Vorstellungen der Piratenpartei zusammenfließen und in eine vollkommene Identität der Gesellschaft mit den machtausübenden Institutionen münden. Darin lebt nicht nur eine ideengeschichtlich überwunden geglaubte Herrschaftsauffassung wieder auf; es widerspricht auch den Funktionsbedingungen der heutigen Konsensdemokratien, die für die Kompromissfindung auf geschützte Räume zwingend angewiesen sind.

Robert Misik

Kann die Demokratie die Digitalisierung überleben?

Am „Arabischen Frühling“ hat das Internet und die ihm inne wohnende Kommunikationsfreiheit einen wichtigen Anteil gehabt. Das Internet leistet in Autokratien in erster Linie einen Beitrag zu einer Kultur der öffentlichen Widerrede. Außerdem fördert das Internet die Verbreitung von Protesten. Letztlich erleichtert das Internet deren Organisation. Dies alles lässt vermuten, dass das Internet eine mächtige Kraft der Demokratisierung sein kann. Es gibt die schöne Geschichte, dass ein arabischer Vater seinem Kind in Würdigung all dessen sogar den Vornamen „Facebook“ gegeben hat.

Netzoptimisten

Die Netzoptimisten gehen von der Idee aus, dass die Demokratie eine digitale Zukunft hat. So behaupten heute noch viele von ihnen, dass das Internet ein von Grund auf demokratisches Medium sei, da es ein dialogisches Medium sei. Die Macht der Gatekeeper und des Mainstreams würde durch das Internet gebrochen, was zur Folge habe, dass neue, unkonventionelle Ideen schnellere größere Kreise ziehen könnten. Das Netz biete den Bürgern die Möglichkeit, neue Partizipationschancen zu ergreifen und zu nutzen. Die politischen Prozesse würden so nicht nur demokratischer ausgestaltet werden, sondern auch in fachlicher Hinsicht dadurch besser sein, dass aus dem fachlichen Wissen aller Bürger_innen geschöpft werden könne. Dies könne zu einer „Schwarmintelligenz“ führen. Auch wenn nicht zu leugnen ist, dass man vielfach auch auf „Schwarmdummheiten“ trifft.

Negative Deutungen

Neben diesen positiven Aspekten des Internets für das demokratische Gemeinwesen gibt es jedoch auch negative Deutungen zum Zusammenhang von Digitalisierung und Demokratie. Besonders seit 2012 findet man zunehmend negative Wortbeiträge zum Beziehungsgeflecht von Internet und Demokratie. Die Kritiker folgen einer Argumentation des Mittelweges: Einerseits kann das Internet positiv für die Demokratie sein, andererseits birgt das Netz aber auch Gefahren für das demokratische Gemeinwesen. Vermehrt ist die Rede von Monopolbildungen im Internet, von staatlicher Überwachung und von der Zerfaserung der Öffentlichkeit durch das Netz.

Kann die Demokratie überhaupt überleben?

Ich glaube, tatsächlich ist es auch berechtigt, die pointierte Frage zu stellen, ob die Demokratie das Internet überhaupt überleben kann? Das Internet wird immer mehr von den „big playern“ beherrscht, die die



Robert Misik ist ein freier Autor, Publizist und Blogger aus Wien.

Er schreibt regelmäßig für die in Deutschland erscheinende taz, sowie für die österreichischen Zeitschriften profil und Falter. In seinen Büchern beschäftigt er sich unter anderem mit der Globalisierung und ihren Folgen sowie mit der Kommerzkultur.

Robert Misik wurde 1966 in Wien geboren.

Misik: „Ganz schwarzsehend gesprochen, zerstört das Internet unsere Öffentlichkeit.“

Misik: „Man kann gegen den herrschenden Journalismus zwar viele Vorbehalte haben, aber die Öffentlichkeit braucht im demokratischen Staatswesen unbedingt einen funktionierenden Journalismus.“

Daten für uns „vorsortieren“ und uns dann zur Verfügung stellen. Das Internet beinhaltet zwar immer noch Massen von Informationen, aber durch spezielle Algorithmen werden uns auf den ersten Klick nur die Informationen zur Verfügung gestellt, die uns interessieren sollen. Das Internet ermöglicht mit seinen vielen „Kommunikationstools“ die lückenlose Überwachung der Bürger_innen durch Staaten und Unternehmen. Durch die Kommunikation im Internet hinterlassen wir überall unsere Daten, die für Regierungen und Konzerne von Bedeutung sind.

Krise des Prints

Ganz schwarzsehend gesprochen, zerstört das Internet unsere Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit in demokratischen Staaten lebte bisher von den klassischen Medien wie Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk. Durch den Kauf von Zeitungen und das Schreiben von Leserbriefen wurde ein Raum für öffentliche Diskurse geschaffen. Sie bildeten die Säulen einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit und durch den Verkauf von Zeitungen und Anzeigen in den Zeitungen finanzierte sich jener Journalismus, der für die Demokratie so wichtig ist.

Doch heute ist festzustellen, dass dieses Geschäftsmodell des Journalismus zu Ende geht und auch kein anderes Modell in Sicht ist. So wandern die Werbeeinnahmen zu einem kleinen Teil von Printmedium in Richtung Onlinemedium. Und dies weniger zu den Onlineauftritten der bisherigen Leitmedien, also zu Tageszeitungen und Magazinen, sondern zu Google und seinen Mitstreitern.

Zersplitterung der Öffentlichkeit

In den USA ist dieses Phänomen verbreiteter als auf dem europäischen Festland. US-Journalisten sprechen bereits vom Tod der Website. Die „New York Times“ verlor die Hälfte der Zugriffe auf ihre Startseite im letzten Jahr, obwohl sie generell eine Erhöhung der Zugriffe auf ihre Artikel feststellen konnte. Wie kann das sein? Die User kommen nicht mehr über das Surfen auf die Startseiten der Zeitungen, sondern über Links, auf die sie durch Facebook, Twitter oder durch das Suchen über Google aufmerksam gemacht werden. Dies ist allerdings in doppelter Hinsicht gefährlich: (1) Was der Facebook-Algorithmus dem User nicht anzeigt, sieht dieser auch nicht und (2) wandern die Werbeeinnahmen von den Online-Auftritten der Leitmedien zu den Sozialen Netzwerken, da dort die Werbung mehr User erreicht als auf den Plattformen der Zeitschriften. Hier tritt deutlich zu Tage, dass diese Umstände das Funktionieren des Journalismus und der Öffentlichkeit nicht verbessern, sondern eher verschlechtern wird. Man kann gegen den herrschenden



Journalismus zwar viele Vorbehalte haben, aber die Öffentlichkeit braucht im demokratischen Staatswesen unbedingt einen funktionierenden Journalismus.

Positiv und negativ: Jeder kann alles schreiben

Das Positive, sowie das Negative am Internet besteht darin, dass jeder alles schreiben kann. Vielleicht ist der Shit-Storm nur der radikalste Ausdruck der Funktionsweise des Netzdiskurses. Die politische Debatte wird lebendiger und das Meinungsspektrum differenziert sich aus. Aber macht das die politischen Diskurse besser? Leider findet man im Netz auch rassistische Hetzer und Klimawandelleugner. Inzwischen macht bereits das Wort „Mob 2.0“ in Anlehnung an den Begriff „Web 2.0“ die Runde. So bezeichnet der Mob 2.0 das moderne Denunziantentum.

Es ist wohl zu befürchten, dass wir im Umgang mit dem Internet in große Irritationen geraten. Die Kommunikation ist durch die einsame Zwiesprache jedes Einzelnen mit seinem Rechner geprägt. Lediglich das geschriebene Wort kann zur Kommunikation beitragen. Gestik, Mimik und Habitus sind kein Teil der Diskurskultur des Netzes. Twitter kann hier als das wohl schlimmste Beispiel genannt werden: mit allein 140 Zeichen kann man sich auf Twitter mitteilen. Aber mit 140 Zeichen kann man keine fundierte Argumentation formulieren. Dadurch ist das Internet eher durch Hysterie als durch Bedächtigkeit geprägt.

Es braucht Mit- nicht nur Nebeneinander!

Eine demokratisch verfasste Gesellschaft darf nicht nur aus einem nebeneinander Existieren bestehen, sondern sie muss vor allem durch ein Miteinander geprägt sein. Das bedeutet nicht, dass aus heterogenen Bürger_innen eine homogene Masse werden müsste, vielmehr besagt es, dass man als Bürgerin oder Bürger einem gemeinsamen demokratischen Staatswesen angehört und dass Konflikte innerhalb eines deliberativen Prozesses ausgelotet und gelöst werden. Das Internet begünstigt keinen gemeinsamen Raum heterogener Menschen, sondern es führt zu einem neuen Individualismus und Partikularismus.

Aber das Netz kann insbesondere für den politischen Aktivismus positiv genutzt werden. Man erreicht in kurzer Zeit viele Menschen und kann diese mobilisieren. Es erleichtert den Zugang zu Informationen und kann Transparenz schaffen. Allerdings sei auch hier betont, dass dies gerade durch Personen mit schädlichen Absichten genutzt werden kann und es außerdem stark selektiv ist.

Bis zu einem gewissen Grad könnten die Dinge im Internet natürlich noch besser ausgestaltet werden, einige Regeln einige Vorgänge im Netz besser ausgestalten. Das müssen wir auch, schließlich müssen wir das Internet akzeptieren. Trotzdem ist für mich der Diskurs in einer Halle mit 200 Personen immer noch die demokratischere Form als das Kommunizieren allein vor dem Computer.

Misik: „Gestik, Mimik und Habitus sind kein Teil der Diskurskultur des Netzes.“

Misik: „Trotzdem ist für mich der Diskurs in einer Halle mit 200 Personen immer noch die demokratischere Form als das Kommunizieren allein vor dem Computer.“

Diskussion

Kerst: „Im Internet kann ich ganz viele Stimmen hören, diese verschiedenen Stimmen zusammenzubringen und mir am Ende des Tages vielleicht eine bessere Meinung bilden.“

Kerst: „Aber ich möchte auch Mut machen. Im Vergleich zur Geschichte der Demokratie insgesamt stehen wir natürlich hier noch ganz am Anfang eines Prozesses.“



Krell: *Der Vortrag hat ein sehr düsteres Bild gezeichnet. Das Engagement von Valentina Kerst, zeigt deutlich, dass sie an die Chancen der Digitalisierung auch für die Demokratie glaubt. Wo liegen diese Chancen?*

Kerst: Ich halte daran fest: Das Internet bietet neue Beteiligungschancen. Die gängigen politischen Diskussionen, die davon geprägt sind, dass mehrere Menschen in einem Raum sitzen und diskutieren, haben mir gezeigt, dass solche Erörterungen oft einseitig sind. Im Internet kann ich ganz viele Stimmen hören, diese verschiedenen Stimmen zusammenzubringen und mir am Ende des Tages vielleicht eine bessere Meinung bilden. Die alten Strukturen der politischen Kommunikation, die durch die Medien und einzelne Meinungsmacher geprägt waren, können durch das Internet erneuert werden.

Krell: *Brauchen wir bestimmte Spielregeln, damit die Digitalisierung für die Demokratie eine Bereicherung wird?*

Kerst: Eine sehr gute Frage. Das wir Spielregeln brauchen ist klar. Wie sie aussehen könnten, leider noch nicht. Ich würde sagen, dass wir hier alle gemeinsam noch auf der Suche und in der Debatte sind. Das mag vielleicht eine etwas enttäuschende Antwort sein. Aber ich möchte auch Mut machen. Im Vergleich zur Geschichte der Demokratie insgesamt stehen wir natürlich hier noch ganz am Anfang eines Prozesses.

Krell: *Ein wichtiges Ideal der Demokratie ist die Gleichheit. Meine Frage an Thorsten Faas lautet. Was wissen wir eigentlich empirisch über die Verteilung der Beteiligungsformate, Beteiligungswünsche und die realen Beteiligungsformen im Internet?*

Faas: Es gibt seit den späten 1990er Jahren die ARD / ZDF-Onlinestudie, die uns zeigt, wie das Internet von einem Nischenphänomen zu einem echten Massenphänomen geworden ist. Uns muss allerdings bewusst sein, dass wir genau wissen müssen, wovon wir reden. Das Internet kann zunächst alles oder nichts sein. Das Posten von Beiträgen auf Facebook ist doch letztlich nichts anderes, als sich zu unterhalten und seine Meinungen mitzuteilen. Wenn Sie der FAZ bei Facebook folgen, dann ist das auch nichts anderes, als dass Sie sich informieren. Und wenn Sie schlussendlich der SPD oder der FES bei Facebook folgen, dann gab es das auch schon immer in Gestalt des Verfolgens einer Organisation und ihrer Tätigkeiten und Informationen.

Wenn wir so tun, als sei das Internet mit all seinen Konsequenzen etwas Neues, dann verbauen wir uns die Sicht auf jahrzehntelange wissenschaftliche Arbeit, die zum Teil genutzt werden kann, um Phänomene der Digitalisierung zu erklären. An den grundsätzlichen Motivlagen, warum sich manche mehr und andere weniger für Politik interessieren, hat sich nichts geändert.

Krell: *Kann ich das so verstehen, dass die Beschleunigung der politischen Prozesse gar nichts Neues ist?*

Faas: Ich möchte nicht sagen, dass es überhaupt nichts Neues ist. Doch wir sollten uns nicht verweigern, das bisherige Wissen zur politischen Kommunikation zu nutzen. Wenn wir das Phänomen Digitalisierung mit neuen Begriffen belegen, dann verbauen wir uns dort Sichtweisen, wo es gar nichts Neues gibt und wo wir dann auf bisheriges Wissen zurückgreifen könnten. Mit begrifflicher Sauberkeit können wir klar machen, was neu und was alt ist.

Krell: *Viele Kommunen versuchen, mehr Beteiligung zu organisieren, oft mit bescheidenen Ergebnissen. Unterschiedliche Partizipationsmuster setzen sich fort, verstärken sich zum Teil. Meine Frage an Valentina Kerst: Was kann man dagegen tun?*

Kerst: Ja, tatsächlich. So positiv ich das Netz finde, an manchen Stellen muss man einfach einräumen, dass bei vielen Menschen Politik vom Alltag zu weit weg ist. Ändern kann sich das nur, wenn die Sachen, die gemacht werden, gut gemacht werden. Wenn sich die Verantwortlichen beispielsweise in einer Frage für ein digitales Beteiligungsverfahren entscheiden, dann muss es auch etwas zu bereden und zu entscheiden geben. Sonst leistet man nur der Politikverdrossenheit Vorschub.

Ein sehr gut gemachtes lokales Projekt möchte ich an dieser Stelle nennen: „Offene Daten Köln“. Dort sind alle Beschlüsse des Rates der Stadt Köln auf ganz neue Weise aufbereitet, u.a. mit einer Karte, die zeigt, welcher Beschluss sich wo auswirkt. Im offiziellen Ratsinformationssystem der Stadt braucht man oft 10 bis 15 Klicks um einen bestimmten Beschluss zu finden. Bei „Offene Daten Köln“ kann man eine sehr ein-

Zum Weiterlesen:

Die Entwicklung der Internetnutzung in Deutschland sowie der Umgang der Nutzer_innen mit den Angeboten bilden seit 1997 die zentralen Fragestellungen der ARD/ZDF-Onlinestudien.

<http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/>

Faas: „Wenn wir so tun, als sei das Internet mit all seinen Konsequenzen etwas Neues, dann verbauen wir uns die Sicht auf jahrzehntelange wissenschaftliche Arbeit, die zum Teil genutzt werden kann, um Phänomene der Digitalisierung zu erklären.“

Kerst: „Wenn sich die Verantwortlichen beispielsweise in einer Frage für ein digitales Beteiligungsverfahren entscheiden, dann muss es auch etwas zu bereden und zu entscheiden geben. Sonst leistet man nur der Politikverdrossenheit Vorschub.“

Zum Weiterlesen:

Das Internetportal

<https://politik-bei-uns.de/>

umfasst das Projekt „Offene Daten Köln“ und wurde auf die Städte Bochum, Moers und Wuppertal ausgeweitet.

Misik: „Die wirklich guten Beispiele sind jedoch rar und die schlechten Beispiele häufiger.“

Faas: „Ich glaube, es braucht auch geschlossene Politikräume. Transparenz ist in einer arbeitsteiligen Gesellschaft kein Wert an sich.“

Kerst: „Ich glaube, dass es gut ist, dass wir in den Ländern und im Bund inzwischen fast flächendeckend Transparenzgesetze haben. Vieles lag hier doch lange im Argen.“

Faas: Wahlomat

fach zu verstehende Suchmaske nutzen. So können die Bürger_innen noch besser nachvollziehen, was der Rat der Stadt Köln eigentlich beschlossen hat und sind ganz früh informiert.

Krell: *Da sind wir bei der schon angesprochenen Kontrollfunktion im dem Stichwort Transparenz.*

Misik: Für gut gemachte partizipative Politikformen kann das Internet eine Bereicherung sein. Die Mitwirkung der Bürger_innen an kommunalen Haushalten soll ja auch bewirken, dass man diese aus der Politikverdrossenheit holt und sie merken, wie Politik eigentlich funktioniert. Die Bürger können nicht mehr einfach nur dagegen sein, sie müssen bei den Bürgerhaushalten vielmehr genau sagen, wofür sie Geld investieren wollen und wofür nicht. Oftmals werden gute Ideen durch den aggressiven Netzdiskurs aber abgewendet. Die wirklich guten Beispiele sind jedoch rar und die schlechten Beispiele häufiger.

Krell: *Kann also mehr Transparenz helfen, Politikverdrossenheit abzubauen?*

Faas: Kluge Aufbereitungen von Daten sind ohne Frage spannend und auch nützlich. In dem problematischen Dreieck aus Politikverdrossenheit, mangelndem Vertrauen und dem Ruf nach mehr Transparenz, könnte es aber falsch sein, allein auf mehr Transparenz zu setzen. Wenn man sich das Beispiel Stuttgart 21 anschaut, so kann man feststellen, dass die Schlichtungsversuche, die Heiner Geißler moderiert hat, zwar öffentlich im Fernsehen übertragen worden sind. Die Schlussverhandlungen fanden allerdings hinter verschlossenen Türen statt, denn dort mussten sich beide Seiten aufeinander zubewegen. Ich glaube, es braucht auch geschlossene Politikräume. Transparenz ist in einer arbeitsteiligen Gesellschaft kein Wert an sich.

Kerst: Ich glaube, dass es gut ist, dass wir in den Ländern und im Bund inzwischen fast flächendeckend Transparenzgesetze haben. Vieles lag hier doch lange im Argen. Mit der vermehrten Visualisierung von Daten geht natürlich auch die Gefahr von Verzerrungen einher. Daher unterstütze ich die Forderung, dass bei allen Visualisierungen die genaue Quelle der Daten angegeben werden muss. Außerdem glaube ich, dass es wichtig ist, schon in der Schule mehr Medienkompetenzen vermittelt. Die Schülerinnen und Schüler müssen lernen und erfahren, das Internet zu nutzen und Informationen einzuordnen

Krell: *Eine Abschlussfrage an das Podium: Ein Gedankenspiel. In einem neuen Kabinett werden Sie neue Internetministerin oder neuer Internetminister. Was wäre die erste Maßnahme?*

Faas: Der „Wahlomat“ ist ein sehr erfolgreiches Projekt im Vorfeld von Wahlen, da er es schafft, ein ernstes Thema auf eine „spielerische“ Art und Weise darzustellen. Durch solche Projekte holt man die Leute dort

ab, wo sie sich befinden und bringt sie so auf „spielerische“ Art und Weise den Politikthemen näher. Deshalb würde ich für realistische Erwartungen und kluge Visualisierungen plädieren. Der Wahlomat ist da ein gutes Beispiel.

Kerst: Ich würde das Thema Open-Data nach vorne bringen. Alle Daten, die Kommunen besitzen und die nicht nicht personenbezogen oder ansonsten kritisch sind, sollten veröffentlicht werden. Es sollten Apps und Portale entwickelt werden, die das Thema Politik leichter transportierbarer machen.

Misik: Ich würde mir als Internetminister die Monopolbildung und deren Bedeutung im Internet anschauen. Google und Co. haben eine derart marktzerstörerische Wirkung, dass Regulierungsmaßnahmen beschlossen werden müssen. Außerdem sollte Partizipation dort vorangetrieben werden, wo es wirklich um etwas geht. Beispielsweise bei Bürgerhaushalten.

Kerst: Open-Data

Misik: Monopolbildung



Bisher erschienen:

- Nr. 1 Globale Demokratisierung und die Rolle Europas
- Nr. 2 Religion und Politik
- Nr. 3 Die Zukunft des Sozialstaats
- Nr. 4 Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie
- Nr. 5 Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft
- Nr. 6 Weltethos und Weltfriede
- Nr. 7 Lokaljournalismus und Kommunalpolitik
- Nr. 8 Braucht Deutschland Religion?
- Nr. 9 Das neue Grundsatzprogramm
- Nr. 10 Fundamentalismus
- Nr. 11 Vollbeschäftigung und Gloablisierung – ein Widerspruch?
- Nr. 12 Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
- Nr. 13 Vorsorgender Sozialstaat
- Nr. 14 Öffentliche Güter – was ist des Staates?
- Nr. 15 Parteiprogramm und politisches Handeln
- Nr. 16 Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?
- Nr. 17 Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?
- Nr. 18 Die Zukunft der Mitgliederpartei in Europa
- Nr. 19 Islamismus in Deutschland
- Nr. 20 Religion und säkularer Staat
- Nr. 21 Antisemitismus – Forschung und aktuelle Entwicklungen
- Nr. 22 Bildung und Gerechtigkeit
- Nr. 23 Jung, politisch, sucht – Das Hamburger Programm der SPD?
- Nr. 24 Religiöse und demokratische Werte im Spannungsfeld internationaler Politik
- Nr. 25 „Im Schatten des Minarets“ – Moscheebaukonflikte in Deutschland
- Nr. 26 Die neue Klassengesellschaft?
- Nr. 27 „Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“
- Nr. 28 Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung
- Nr. 29 Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert
- Nr. 30 Migration – Religion – Integration
- Nr. 31 Kapitalismus 2.0: Irgendwie anders – irgendwie besser
- Nr. 32 Was ist gerechte Politik?
- Nr. 33 Populismus. Eine Herausforderung für die Demokratie
- Nr. 34 Determinanten von Radikalisierung in muslimischen Milieus aus deutsch-britischer Perspektive
- Nr. 35 Respekt und Zumutung – Religion, Homosexualität und das Zusammenleben in der pluralen Gesellschaft
- Nr. 36 Demokratie (be)leben! Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich
- Nr. 37 Wie weiter, SPD?
- Nr. 38 Religiöser Pluralismus und Toleranz
- Nr. 39 Reformbaustelle Volkspartei: Berufspolitiker- oder Mitgliederpartei?
- Nr. 40 Auf dem Weg in die Postdemokratie?
- Nr. 41 Forum Soziale Demokratie „Warum Europa?“ Antworten und noch mehr Fragen aus der Perspektive Sozialer Demokratie
- Nr. 42 Parteien links der Sozialdemokratie in Europa
- Nr. 43 Forum Soziale Demokratie Integration und Zuwanderung – gemeinsam die Zukunft gewinnen!
- Nr. 44 „Politikferne“ Jugendliche besser erreichen Ergebnisse eines Fachworkshops der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener



Die Foren Sozialer Demokratie sind ein Dialogangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung. In fach-öffentlichen Gesprächen wird die programmatische Dimension sozialdemokratischer Politik kritisch und konstruktiv erörtert. So entwickeln die Foren Sozialer Demokratie Impulse und Maßstäbe für politisches Handeln. Die Foren richten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft und Medien, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger und an interessierte Bürgerinnen und Bürger aller Generationen. www.fes-soziale-demokratie.de